Nr. 46 a
XXVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
26. Januar 1899

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

6. Sitzung vom 25. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Miquel, Frhr. v. d. Recke.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung.

Das Haus beginnt die Berathung der von den Abgg. Barth, Brömel (fr. Vg.) und Genossen eingebrachten **Interpellation**:

„Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat nach einem öffentlichen Zugeständnih in öfteren Fällen **Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig** nicht um deswillen angeordnet, weil diese Personen sich lästig gemacht haben, sondern nur zu dem Zwecke, um einen Druck auf die dänisch gesinnten Dienstherrschaften auszuüben. Ist es zutreffend, daß Maßregeln dieser und ähnlicher Art aus der Initiative des Oberpräsidenten Herrn v. Köller hervorgegangen sind, und ist die Staatsregierung geneigt, die von dem Oberpräsidenten angeordneten Maßregeln mit ihrer Verantwortung zu decken?"

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Minister Frhr. **v. d. Recke** sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Dr. **Barth** (fr. Vg.):

Die politischen Zustände haben sich in den letzten beiden Monaten mehr zugespitzt, als es seit vielen Jahren der Fall gewesen ist. Die Maßnahmen der Verwaltung und des Ministeriums des Innern haben in der letzten Zeit eine eingehende Kritik in der Presse hervorgerufen. In diesen Fragen Klarheit zu schaffen, kann daher auch dem Ministerium nur lieb sein. Wo der Streit die Nationalitätenfrage berührt, den Gegensatz der Nationalitäten aufregt, gehen die Wogen hüben und drüben recht hoch. In Nordschleswig wohnen Bürger, die dänisch zwar reden, aber thatsächlich preußische Unterthanen geworden sind. Es handelt sich um ein Stück preußischen Landes, einen Theil des preußischen Staates. Von diesem Standpunkt muß die Frage betrachtet werden. Nun sagt man, in Preßartikeln sei die Abreitung Nordschleswigs von Deutschland gefordert worden. Das mag sein. Aber solche Artikel sind doch gar nicht ernst zu nehmen. Was liegt daran, daß es hier und dort ein paar Agitatoren giebt, die vielleicht solchen Illusionen hingeben? Glauben Sie wirklich, daß Dänemark im Ernst daran denkt, deswegen **einen Krieg** mit uns anzufangen? Doch wohl nicht! (Sehr richtig! links.) Das wäre sinnlos. Aber andere Mächte könnten vielleicht intervenieren. Auch das ist bei einer so untergeordneten Frage nicht anzunehmen. Der springende Punkt, der allein von Bedeutung ist, ist, daß es Preußen respektive Deutschland trotz seiner Riesenmacht und kolossalen Wirthschaft seit einem Menschenalter noch nicht gelungen ist, die 170,000 Dänen in Nordschleswig sich zu assimiliren. (Sehr richtig! links.) Wie geht das zu? Daß die Verschmelzung sich noch nicht vollzogen hat, liegt, so sagt die Regierung, ausschließlich an den dänischen Agitatoren, an der Presse, die nicht müde wird, die Bevölkerung aufzuhetzen. Ich will mal annehmen, daß die dänische Presse wirklich so verrucht ist, wie sie hingestellt wird. Wie ist es denn zu verstehen, da die Bevölkerung als gesetztreu, als konservativ im besten Sinne des Wortes geschildert wird, die keine Anwandlung revolutionärer Gesinnung kennt, daß die preußische Regierung in den 35 Jahren keine Erfolge aufzuweisen hat? Ich kann doch nur annehmen, daß die preußische Regierung **mit unzulänglichen Mitteln** arbeitet. Die dänische Presse kann **gar nicht** so schlimm sein, denn sonst würde man von mehr Bestrafungen hören. Gesetzesbestimmungen, die diesem Zwecke dienen, haben wir bekanntlich genug! Und daneben existirt eine Reihe Verordnungen aus alter Zeit, die jede solche Bewegung im Keime ersticken können. Ich erinnere an die jüngst wieder ausgegrabene Verordnung von 1865, die das **Singen von dänischen Liedern** unter Strafe stellt, und anderes. Nun werden Sie aber auch nicht leugnen, daß auch **Mißgriffe der Verwaltungsbeamten** vorkommen. Repressivmaßregeln sind dort immer gehandhabt und zwar sehr streng. Eine Maßnahme war darunter, die sehr schwer empfunden wurde, das war das **Verbot jedes Gebrauches der dänischen Sprache in der Schule.** 1888/89 wurde verfügt, daß überhaupt jeder dänische Unterricht, auch der Gebrauch des Dänischen im Religionsunterricht, untersagt wurde. Ueber die Wirkungen gerade dieser Schulverordnungen von 1888/89 haben wir die Urtheil geistig hoch stehender, aus eigener Praxis mit den dortigen Verhältnissen vertrauter Männer, der Herren Professoren **Kostan** und **Paulsen** in Berlin. Gerade sie betonen auch — und sie haben dort gelebt —, daß diese Schulverordnungen auch vom Standpunkte Derer, die eine baldige Assimilirung wünschen, ein schwerer Fehler vor. Auch die Zuschrift eines hochachtbaren Geistlichen in Nordschleswig bestätigt, daß die dänische Agitation aus diesen Sprachexlassen Kapital geschlagen hat. Das dänische Haus ist dadurch in bewußten Gegensatz zu der deutschen Schule getreten. Das ist nicht genug zu bedauern. Der Minister v. Miquel führte gestern sehr richtig aus, daß es für die Deutschen an der polnischen Grenze sehr wünschenswerth wäre, sich die polnische Sprache anzueignen. Genau so liegen aber die Verhältnisse in Nordschleswig. Wenn die dortigen Deutschen Dänisch verständen, würde es um so leichter sein, mit unseren Staatsbürgern dänischer Nationalität im Einvernehmen zu leben. Der Oberpräsident v. Köller ist bekanntlich vor 1½ Jahren nach Nordschleswig gekommen. Er sah, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung keinen rechten Erfolg hatten, daß sie nicht hindern konnten die Agitation der dänischen Presse, die ich in keiner Weise in Schutz nehmen will, denn sie hat vielfach einen sehr geheßigen Charakter. Wäre es nicht angebracht, die bisher getroffenen Maßregeln einer Betrachtung zu unterziehen, ob sie ihrem Zweck entsprechen? Der Herr Oberpräsident könnte sich dabei nach dem Beispiel des **Herzogs von Alba** richten (zur Rechten): auch ein schneidiger Herr (Heiterkeit), der stets sorgfältig überlegte, ob seine Maßregeln klug und wirksam erschienen. Herr v. Köller hat leider nur allein die **Rolle des Polizeimannes** gespielt. Es handelte sich für ihn darum, die bisherige Dosis von Repressionsmaßregeln zu verstärken. Er hat die entgegengesetzte Wirkung erzielt. Herr v. Köller hat sich über seine Politik ganz offen zu einem Interviewer geäußert und die Wiedergabe des Gesprächs vor der Veröffentlichung gebilligt. Er hat dem Journalisten gegenüber aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, er hat offen zugestanden, daß er nur dänische Dienstboten ausgewiesen hat, alle politisch ganz unbescholtene Leute, um die dänisch gesinnten Dienstherrschaften zu strafen. Die Maßregel richtet sich also gegen **politisch ganz unschuldige Leute.** Das ist an und für sich schon nicht ganz unbedenklich. Der Minister des Innern scheint das auch gefühlt zu haben, denn er hat versucht, diese Kreise und Mägde als bedenkliche Elemente hinzustellen. Da glaube ich dem Oberpräsidenten doch etwas mehr, der ja ausdrücklich für politisch harmlos erklärte. Nun könnte man schließen, daß diese Maßnahmen wenigstens einen heilsamen Schrecken auf die dänischen Dienstherrschaften ausübten. Wenn man die Menschennatur in Nordschleswig nicht ganz anders zu beurtheilen hat als im übrigen Deutschland, wird man gewaltig enttäuscht werden. Denn was bedeuten die Ausweisungen des Dienstherrsonals für die dänischen Herrschaften? Zunächst und vorübergehend gewiß eine Unbequemlichkeit. Aber sie werden sich dann einfach dänisch redende Dienstboten preußischer Staatsangehörigkeit beschaffen oder, wenn das nicht angeht, deutsche Dienstboten. Glauben Sie aber wirklich, daß diese deutschen Dienstboten einen germanisirenden Einfluß auf die dänischen Herrschaften ausüben werden, oder meinen Sie nicht, daß umgekehrt die dänischen Herrschaften vielleicht einen nicht gewünschten Einfluß auf die deutschen Dienstboten ausüben werden? Jedenfalls aber werden die Leute verstockt; sie sagen sich: Es geschieht uns Unrecht, wir werden in **kleinlicher Weise** drangsalirt. (Sehr richtig! links.) Es wird sie vielmehr das Gefühl erfüllen, daß mit ungerechten Mitteln gegen sie eingeschritten wird. Sie werden dem Deutschthum dadurch nicht genähert, sondern ihre nationale Abneigung wird nur noch verstärkt. (Sehr richtig! links.) Man sagt, die Maßregeln des Herrn v. Köller hätten bereits abschreckend gewirkt, die dänische Presse sei längst nicht mehr so provozirend. Ja, jetzt besorgt die Ausweisungspolitik der Regierung die Geschäfte der dänischen Hetzpresse. Die zahlreichen Anhänger der freisinnigen Volkspartei in Nordschleswig billigen die Regierungspolitik keineswegs, sie sind von Anfang an überzeugt gewesen, daß dadurch dem Deutschthum nur geschadet wird. Untergeordnete Beamte haben sich nun gewissermaßen auf eigene Rechnung eine verschärfte Repression gegen die Dänen erlaubt. Ich erinnere vor allem an die angedrohte Zwangsvormundschaft für Eltern dänischer Nationalität, die ihre nicht mehr schulpflichtigen Kinder auf dänische Hochschulen schicken. Der Herr Justizminister sagte, die betreffenden Beamten seien selbstständig vorgegangen, und die Unabhängigkeit der Richter dürfe nicht angetastet werden. Aber den Dänen wird man es nicht begreiflich machen, daß es sich hier um die Interessen ihrer Kinder handelt, und daß keine politischen Erwägungen mitgespielt haben. Wenn man den Eltern die Erziehung ihrer Kinder abnimmt, wenn man die Vormundschaft Männern übertragt, mit denen die Eltern in politischem Kampf stehen, soll das die Eltern nicht erregen? Man muß sich nur überlegen, wie wir uns in solchen Fällen verhalten! Haben wir nicht Schulvereine, um Kinder von Deutschen im Auslande bei der Erhaltung ihrer Sprache und Nationalität zu unterstützen?! (Sehr gut! links.) Die Rechtspflege hätte alle Ursache, sich bei diesem Konflikt vorsichtig zurückzuhalten. Ich erinnere nur an den in den Zeitungen besprochenen Fall, wo ein Müller Freunde zu sich einlud, dänisch Gesinnte und auch gute Deutsche. Man sang allerlei Lieder, dänische und auch deutsche, darunter die „Wacht am Rhein". (Hört, hört! links.) Trotzdem wurden die Mitbetheiter angeklagt und auf Grund der alten Verordnung verurtheilt. Glaubt Einer von Ihnen, daß derartige Vorfälle geeignet sind, die Nordschleswiger mit dem preußischen Geist auszusöhnen? Am allermeisten schaden die kleinlichen Maßregeln, die leider in großer Zahl vorgekommen sind. Das Gefühl, Märtyrer zu sein, für eine gute Sache unschuldig zu leiden, gewinnt durch die Ausweisungen dort oben neue Nahrung! Den Märtyrer umgiebt der **Glanz der Suidertrone**, und man erreicht das Gegentheil von dem, was man wollte! Und was erreicht man sonst? Eine Reihe von **Geschäftsverbindungen** zwischen deutschen und dänischen Häusern ist **abgebrochen.** In Großen und Ganzen denke ich darüber sehr kühl. Denn nachdem die erste Entrüstung sich gelegt, werden die geschäftlichen Interessen siegen, die zur Anknüpfung der Verbindungen führten. Diese Folgen der Ausweisungen werden nicht so groß sein, vor allem nicht dauernd anhalten. Gewisse Schädigungen lassen sich freilich nicht bestreiten, und diese Schädigungen kommen auch auf Herrn Köllers Debetseite. Viel schlimmer ist aber, daß **in Skandinavien** sich eine gewisse **leidenschaftliche Mißstimmung gegen Deutschland** nunmehr einnistet, das Gefühl der Trauer bei unseren Freunden, des Hoffens bei den Feinden. Die Beziehungen der Regierungen werden zwar wenig gestört werden, schlimmer aber wiegt die Störung des schönen Verhältnisses der beiden Nationen zu einander, die so wichtige geistige Interessen gemeinsam haben. Die diplomatischen Beziehungen der Regierungen werden freilich durch diese Maßregeln nicht weiter gestört, aber eng verwandte und befreundeten Länder, die in geistiger und wirthschaftlicher Beziehung auf einander angewiesen sind, werden so verfeindet. Die 10 Millionen Skandinavier sind Leute von echtem Schrot und Korn, deren Freundschaft auch für Deutschland von großem Werth ist. Die Regierung treibt einen **unwürdigen Chauvinismus.** (Sehr richtig! links.) Wie urtheilt das Ausland über die Ausweisungspolitik? Die Aeußerungen der ausländischen Presse sind geradezu vernichtend für den Minister v. Miquel erklärte selbst, daß er sie mit dem Gefühl der Scham gelesen habe. Das Ausland beurtheilt nicht so sehr die Strenge dieser Maßregeln, sondern vielmehr das kleinliche und geheßige Vorgehen des Großstaats Deutschland gegen das kleine Dänemark. Diese Verschwendung von Staatsenergie in Repressivmaßregeln ist höchst bedauerlich. Was ist bei den Kulturkampfgesetzen und dem Sozialistengesetz herausgekommen? Die Macht des Centrums sowohl als der Sozialdemokratie ist dadurch nur gewachsen. Hier haben Sie keine großen, sondern **kleinliche Repressionsmaßregeln,** aber sie wirken ebenso. Und wenn Sie die Spuren dieser Maßregeln verfolgen, dann kommen Sie in die Zeit der **schwächlichen Kleinstaaterei** mit ihrem **kleinlichen Verfolgungsgeist.** Aus jenem, ich möchte sagen, **Metternichschen Geiste** stammen auch diese Maßregeln. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn die Regierung sich endlich von diesem kleinlichen Geiste befreien wollte. (Lebhafter, andauernder Beifall links und im Centrum, andauerndes Zischen rechts.)

Minister des Innern Freiherr **v. d. Recke**

(zu Anfang von wiederholten Rufen: Lauter! unterbrochen):

Die Bedenken der Interpellanten wenden sich nicht gegen die Ausweisungen an sich, sondern gegen eine besondere Art von Ausweisungen. Die Motive, die uns hier untergelegt werden, liegen mir völlig fern. Es handelt sich um einfache Polizeimaßnahmen, um den dänischen Agitation entgegenzutreten. Die Veranlassung hat der Herr Interpellant mißverständlich aufgefaßt. Nichts liegt der preußischen Tradition ferner als die fanatische Abstoßung fremder Nationalitäten. Was die Gewährung des Gastrechts anbetrifft, so kann Preußen jeden Vergleich mit jedem anderen Staate aushalten. Aber, meine Herren, wie seit geläugt auch der preußische Staat ist, er hat doch einige Grenzbezirke, wo sich ein Kampf gegen deutsche Sitte, gegen deutsche Art, gegen deutsche Arbeit und gegen das deutsche Staatsprinzip kundthut. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der preußische Staat seine Aufgabe richtig erfüllen will, muß es sein ernstes Bestreben sein, rechtzeitig mit Abwehrmaßregeln einzugreifen. (Sehr richtig! rechts.) Hier handelt es sich um den Schutz der nationalen Interessen gegen **antinationale Bestrebungen,** und die vielbürgerlichen Interessen müssen zurücktreten gegen die **Pflichten der Selbsterhaltung** und der **Wahrung der staatlichen Autorität.** (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) So steht die Sache in Nordschleswig. Die Ziele, welche die preußische Politik in Schleswig verfolgt hat, und die Maßnahmen, welche die preußische Verwaltung dort getroffen hat, haben in ganz hervorragendem Maße im Zeichen der Versöhnlichkeit gestanden. Ich erinnere nur an die milde Umformung der Verwaltungsorganisation, die überaus rücksichtsvolle Behandlung, die den dortigen Bewohnern zu Theil geworden ist. Ich habe mir erlaubt, das in einigen Artikeln der Berliner Korrespondenz mitzutheilen, die, wie ich hoffe, zur Kenntniß des hohen Hauses gekommen sind, und auf die ich deswegen nicht näher einzugehen brauche. Als das Bedauerlichste wurden die Maßnahmen von 1888/89 hingestellt. Wir werden diese Maßnahmen im Wesentlichen festhalten wir werden sie modifiziren, wenn sich das als erforderlich herausstellt. Wir werden besonders ihre kulturellen Wirkungen zu verstärken suchen, und ich hoffe, daß diese Maßnahmen jetzt wie in Zukunft auch gute Früchte zeitigen werden. In einem Punkte hat man sich entschieden getäuscht. Man hat die Schnelligkeit der Naturalisation und die Intensität der dänischen Agitation **unterschätzt.** Faktum ist, daß man sich dort oben im eigenen Lande Agitatoren großgezogen hat, die um so gefährlicher sind, als sie in vorzüglicher Weise sich den Schlingen des Strafgesetzbuches zu entziehen wissen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin in der Lage, dafür ein breites Material zu produziren. Ich will das nicht hier thun, bin aber gern bereit, Jedem, der sich dafür interessirt, Einsicht darin zu verschaffen. Die dänische Agitation ist von Jahr zu Jahr schärfer geworden und hat namentlich in den letzten Jahren eine Sprache geführt, die geradezu zum **Skandal** geworden ist, und die nicht hat geahndet werden können in Ermangelung geeigneter Handhaben. Diese Sprache hat die deutsche Bevölkerung aufs Tiefste verletzt. Typisch dafür ist eine Aeußerung von Hansen-Apenrade. Der Herr Abgeordnete Hansen ist mit diesem Redakteur und Verleger identisch. Er führte aus, daß er es nicht für ein Unglück ansehen würde, wenn **durch einen Krieg,** was er allerdings in absehbarer Zeit nicht glaube, eine dauernde Vereinigung von Nordschleswig mit Dänemark erreicht würde; er würde diese Lösung der nordschleswigschen Frage nicht entgegentreten. (Hört, hört! rechts.) Er wünsche nicht, daß Nordschleswig dauernd deutsch bleibe. (Hört, hört! rechts.) Die dauernde Trennung Nordschleswigs von Deutschland sei das Ziel seiner Wünsche. (Hört, hört! rechts; Lachen links.)

Wenn ein Abgeordneter, ein Volksvertreter, derartige Aeußerungen für zulässig hält, dann kann man sich ein Bild davon machen, wie es mit der ziellosen Agitation steht bei solchen Leuten, die an solche Schranken nicht gebunden sind. (Sehr richtig! rechts.) Die **systematische Hetzarbeit** vollzieht sich natürlich meist durch die Presse, die in äußerst geschickter Weise vorgeht und tagtäglich das dänische Nationalgefühl wachhält und stärkt. Besonders sucht man die jungen vom Militär entlassenen Leute zu beeinflussen, vor allem wieder in dem Organ des Abg. Hansen. Die jungen Leute werden gewarnt, sich nicht in Kriegervereinen fangen zu lassen. Der Eid, den sie dem Kaiser geleistet haben, binde nur während der Militärjahre. Sie sollten ihre nationalen Pflichten, ihr Geburtsland und ihre Muttersprache nie vergessen. (Hört, hört! rechts.) Es gehört ein vollständiges Studium dazu, um sich in dem Labyrinth von nationaldänischen Vereinen zurecht zu finden. Vor allem begweckt ein **Sprachverein,** der 1896 600 Mitglieder zählte, die möglichste Ausdehnung der dänischen Sprache in Nordschleswig. (Rufe: Lauter!) In diesen Gemeinden werden Schulbücher und Schriften vertheilt für dänische Aufsätze als Gegenleistung. In einigen Schulen wird sogar eine besondere Geschichte Südjütlands gelehrt. Charakteristisch für die Interessen, die man in Dänemark für Nordschleswig hat, ist die Thatsache, daß sich die staatliche Subvention für dänische Schulen von 6000 Kronen im Jahre 1893 auf 300,000 Kronen gesteigert hat. Endlich spielt die **Demonstrationsfrage** eine große Rolle, die theilweise unter Theilnahme der dänischen Behörden sich vollzieht. Und diese Agitation hat den Anlaß zu den Maßregelungen gegeben, die hier besprochen werden. Es wurde eine große Zunahme von dänischen Personen, nicht von Familien, sondern von alleinstehenden Personen, bemerkt. Nachforschungen ergaben, daß zielbewußt nur noch dänisches Personal bezogen wurde unter Boykottirung der Deutschen. Die Behörden nehmen an, daß es sich um eine neue Agitationsart handelt, man will geschlossene Enklaven dänischer Nationalität, sogenannte **„Nester"** bilden. Gegenüber der immer größer werdenden Beunruhigung der deutschen Bevölkerung mußten die Behörden auf schärfere Maßnahmen bedacht sein. Es wurde im Herbst eine eingehende Berathung abgehalten, an der auch die Landräthe theilgenommen haben; damals wurde beschlossen, bei besonders schweren, gravirenden Fällen Ausweisungen vorzunehmen. Aber nur in ganz besonders gravirenden Fällen wird zu diesen Maßnahmen gegriffen. Man sah dies als einzig wirksames Mittel an, um der dänischen Agitation gerade auf diesem Gebiete entgegenzutreten, und man richtete zugleich damit an die Agitatoren deutscher Nationalität eine ernste Mahnung. Ich gebe zu, daß diese Maßregeln gegenüber den Dienstboten u. s. w. eine gewisse Härte bedeuten, soweit sie politisch unschuldig sind und sich subjektiv in polizeilicher Beziehung nicht lästig gemacht haben. Ich erinnere aber an den **Grundsatz,** von dem wir bei unseren Polemnahmen ausgegangen sind, daß die Leute auch objektiv lästig werden können. Den Grundsatz befolgen auch andere Nationen, solche Leute auszuweisen, z. B. die Amerikaner. Das beweist, daß solche Maßnahmen durch staatliche Interessen geboten sein können. Die Staatsregierung konnte in diesen nordschleswigschen Verhältnissen vom Standpunkt einer politischen Opposition nur eine legitime Abwehrmaßregel erblicken. (Sehr richtig! rechts.) Die Härten werden auch überschätzt. Die Betroffenen sind meist ledige Leute, die dort an der Grenze herüber und hinüber wandern und ihr Bündel schnüren, wenn sie einen besseren Dienst bekommen. Wir haben auch diese Leute, wenn sie das Land nicht verlassen wollten, sondern wenn sie sich einen anderen Dienst bei unverdächtigen Leuten suchten, in keiner Weise behelligt. (Beifall. **Es handelt sich also nicht um eine Landesverweisung,** sondern nur um eine **Dienststellenverweisung.** Die Beurtheilung dieser Maßnahmen soll im Lande überall außerordentlich unginstig sein. Davon habe ich nichts bemerkt. Im Gegentheil, mir sind viele Zuschriften geworden, die diese Maßregel als nöthig, nützlich und ganz besonders dankenswerth bezeichneten. (Zustimmung.) Auch im Erfolg sollen wir uns verrechnet haben. Der Vorredner meinte, es sei lediglich ein Schlag ins Wasser; wir schürten blos die Unzufriedenheit. Nun ist seit dem Erlaß dieser Maßnahmen nicht viel Zeit verflossen, aber unsere Nachrichten über die Wirkung der Maßnahmen lauten gleichwohl schon recht befriedigend. Ein Landrath berichtete mir, daß eine wesentliche Abnahme der Agitation eingetreten sei; es sei in seinem Kreise **eine Ruhe** eingetreten **wie nie zuvor.** Denn seit der Vereinigung mit Preußen sei nie eine derartige Ruhe vorhanden gewesen. (Hört, hört!) Ich habe die Ueberzeugung, die Maßregel war **sehr heilsam,** und wir müssen dem Oberpräsidenten sehr dankbar sein, der sich dazu entschlossen hat, einmal mit ernsten und energischen Maßnahmen vorzugehen. (Beifall und Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Namens der königlichen Staatsregierung habe ich die Erklärung abzugeben, daß sie die von dem Präsidenten v. Köller ergriffenen Maßnahmen, die in der Interpellation näher angegeben sind, **vollkommen billigt.** (Beifall.) Hinzufügen möchte ich, daß der Oberpräsident „Maßregeln ähnlicher Art", wie die Interpellation sich ausdrückt, nicht getroffen hat. Aufdrohungen der **Abnahme des Erziehungsrechtes** u. s. w. hat er nicht erlassen. Die **Haltung der Presse** ist bedauernswerth und nicht minder beklagenswerth wie die **Haltung einiger Geschäftsleute,** doch hat der Vizepräsident des Staatsministeriums sich hierüber schon in so markanter Weise geäußert, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe. Ich möchte wünschen, daß die Presse aus dieser Verhandlung eine andere Auffassung gewinnt. Es handelt sich hier, wie ich ausdrücklich konstatiren möchte, nicht um kleinliche und übereilte Akte der Verwaltung, sondern um sehr reiflich und wohl erwogene Maßnahmen zur Niederhaltung der frechen dänischen Agitation und zur Erhaltung des Deutschthums in der Nordmark. (Lebhafter Beifall.) Diese Bestrebungen der königlichen Staatsregierung zu unterstützen, ist meines Erachtens eine Ehrenpflicht des preußischen Landtags. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen, Widerspruch im Centrum und links.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. **Bachmann** (natl.) die **Besprechung** der Interpellation.

Das Haus beschließt demgemäß.

Kultusminister Dr. **Bosse:**

Als ich im Jahre 1892 das Ministerium übernahm, fand ich die Oberpräsidialverfügung vom Jahre 1888 bereits vor. Der wesentlichste Punkt darin war die Anordnung, daß in den Schulen deutsch gebrochen werden soll, mit Ausnahme der Religion, von der vierten Stunden in dänischer Sprache auf den unteren Stufen gestattet waren. Die Beschwerden über diese Verfügung veranlaßten mich, eingehende Untersuchungen über den Erfolg derselben anzustellen. Ich habe feststellen lassen, ob **im Schulbetriebe** Mißstände infolge der deutschen Sprache eingetreten sind. Die Kommissare sind in einer sehr großen Zahl von Schulen gewesen, aber ihr Urtheil lautete übereinstimmend: „Eine Schädigung in dem Betriebe des Unterrichts ist **nicht eingetreten.**" Ich habe auch Veranlassung genommen, eine Deputation schleswigscher Geistlicher zu hören, deren deutsche Gesinnung über allen Zweifel erhaben war, obwohl Einer oder der Andere den Versuch machte, mich zur Zulassung der dänischen Sprache zu bewegen. Ich fragte nun, ob die Kinder beim Konfirmationsunterricht nicht genügend Deutsch verständen.